



Patrick Odier: Mit Panama-Trusts zurück in die alte Welt des Private Banking

FOTO: F. WAVRE/REZO

# Falsche Versprechen

Patrick Odier, Seniorpartner von Lombard Odier, bekannte sich zur Steuerehrlichkeit – seine Bank aber hält an umstrittenen Trusts fest

VON BEAT SCHMID

ZÜRICH Die Genfer Privatbank Lombard Odier bietet ihren Kunden weiterhin Trust-Strukturen an, die zur Steuerhinterziehung genutzt werden können, wie Recherchen der SonntagsZeitung zeigen. Richard Nahmani, Partner der Bank und Leiter der Zürcher Niederlassung, bestätigt dies auf Anfrage.

Er schreibt in einer Stellungnahme: «Nach den verschiedenen Vorfällen in Liechtenstein wollen sich immer mehr Kunden von diesem Standort distanzieren. Der Wunsch der Kundschaft geht vermehrt in Richtung Trust-Konstrukte, die in den verschiedensten Ländern – so auch Panama – domiziliert sein können.»

Und weiter schreibt der Privatbanker: «Der Trust eignet sich sehr gut für die Vermögensplanung.»

Dass die Bank nach wie vor diesem Geschäft nachgeht, steht in scharfem Widerspruch zu Aussagen von Patrick Odier, Seniorpartner bei Lombard Odier und seit Herbst Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung. Er

sagte unlängst in einem Zeitungsinterview, dass «wir Banken ein neues Geschäftsmodell einführen müssen, bei dem die Steuerehrlichkeit bei Annahme von Neugeld das Ziel ist». Patrick Odier war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Anspruch und Wirklichkeit scheinen bei der Genfer Privatbank auseinanderzuklaffen. Mit dem Anbieten von Panama-Trusts befindet sich die Bank weitgehend in der alten Welt des Schweizer Private Banking, welches den Schutz von Privatvermögen vor Steuervögten aus dem In- und Ausland zum Geschäftsmodell machte.

Entgegen den Aussagen des Lombard-Chefs nimmt die Bank weiterhin in Kauf, dass Kunden diese Stiftungen zur Steuerumgehung nutzen. Die Verantwortlichen der noblen Genfer Privatbank möchten dies nicht einmal in Abrede stellen. Auf die Möglichkeit der Steuerhinterziehung angesprochen, räumt Kadermann Richard Nahmani ein: «Die aktuellen Entwicklungen haben gezeigt, dass der Missbrauch von solchen Strukturen zu reinen Steuer-

hinterziehungszwecken von den Steuerbehörden gewisser Länder sogar als Hinweis auf einen Straftatbestand angesehen wird.»

Damit spricht Nahmani ein Kernproblem an. Kunden, die exotische Trusts aufgebaut haben, werden von immer mehr Steuerbehörden in Europa und anderen Regionen als Steuerbetrüger betrachtet. Bekanntes Zeugnis für diese härtere Gangart legten die Vereinigten Staaten ab. Die UBS half ihren amerikanischen Kunden, systematisch Löcher in den US-Steuer Gesetzen auszunutzen, um die Bezahlung von Steuern zu umgehen. Als die Praktiken mithilfe eines Insiders aufflogen, musste die Bank unter massivem Druck der US-Behörden die Kundendaten herausrücken.

**Finma: «Bank setzt sich sehr grossen Risiken aus»**

Es entstand ein riesiger Elementarschaden – für die Bank, aber auch für den gesamten Schweizer Finanzplatz. Damit sich der Sündenfall UBS nicht wiederholt, hat die Schweizer Finanzmarktaufsicht begonnen, das grenzüberschreitende Geschäft der Schwei-

zer Banken unter die Lupe zu nehmen. Sie hat einer Reihe von Privatbanken vor ein paar Wochen einen langen Fragenkatalog zukommen lassen, um mehr Details zu deren Off-Shore-Geschäftspraktiken zu erfahren.

Trust-Strukturen sind ein heikles Thema. Ein Finma-Sprecher sagt auf Anfrage, dass eine Bank «sehr grosse Risiken eingeht, wenn sie ihren Kunden nach wie vor Panama-Strukturen anbietet». Das grosse Problem ist, dass Banken nicht wissen können, wie die Steuergesetze in den Ursprungsändern ihrer Kunden in Zukunft aussehen werden. Was heute noch geduldet ist, kann morgen verboten sein. Kunden und Banken betreiben ein riskantes Spiel.

Dass Steuerhinterziehung kein Geschäftsmodell mehr sein kann, haben in der Schweiz die Grossbanken begriffen. Die UBS lässt ausrichten, dass die Bank seit 2003 keine Panama-Trusts im Programm führt. Ein Sprecher von Credit Suisse sagt, dass die Bank die «Steuerumgehung nicht mehr als Geschäftsmodell der Zukunft betrachtet».



Mit OC Oerlikon steht wieder einmal ein Grosser der Schweizer Industrie am Abgrund, und wie so oft läuft die Kommunikation schief. Die Bombe (Kapitalschnitt, Kreditstundung, Verzichtsleistungen) liess der Konzern am Dienstagmittag mitten ins Börsengeschehen platzen. Angeblich wegen eines Lecks in London konnte man mit der Information nicht noch zwei Stunden bis Börsenschluss warten. Ach ja? Wo war denn das Leck? Niemand weiss etwas Konkretes. Die 23 Banken des Kreditkonsortiums hingegen sind schon seit dem 23. November informiert. Sie haben gegenüber den Kleinanlegern einen Wissensvorsprung. Die Börse müsste das Informationsverhalten von OC Oerlikon überprüfen. Auch würde man gerne wissen, weshalb sie am Dienstagmittag den Handel in OC Oerlikon nicht ausgesetzt hat.

Das Informationsverhalten von OC Oerlikon sieht eher nach gezieltem Druck auf die Banken aus. Denn die Zeit drängt. Sobald ein Konzern wankt, springen

*«Die Banken verlangen von Vekselberg 300 bis 500 Millionen Franken neues Geld»*

Kunden ab. Auch finanziell ist die Lage schlimmer, als es der Markt wahrhaben will. OC Oerlikon ist überschuldet. Mit aufgelaufenen Zinsen sind rund zwei Milliarden Franken Kredite ausstehend, bei einer Ebit-Marge, die tief im Minus liegt. Gemäss Insidern wird der Konzern dieses Jahr nochmals rund eine halbe Milliarde Verlust

machen. Damit Arbeitsplätze gerettet und die darben Töchter wie Balzers und Saurer oder der Solar-Bereich weiterarbeiten können, muss mit tiefen Schnitten saniert werden. Unter diesen Umständen wird die Revisionsgesellschaft nur noch bereit sein, die einzelnen Firmen zu Tageswerten in der Holding-Bilanz einzusetzen, womit sich der gewaltige Goodwill in Luft auflöst. Um einigermaßen gesund dazustehen, müssen die Schulden zwingend von zwei auf eine halbe Milliarde gesenkt und die Kredite von der Holding in die Betriebsgesellschaften verlegt werden.

Das würde bedeuten, dass die Banken auf die Hälfte ihrer Ausstände verzichten, für eine weitere halbe Milliarde müssten sie Kredite in Aktienkapital umwandeln. Vor allem aber muss Grossaktionär Viktor Vekselberg (44 Prozent der Stimmen) neues Geld einschliessen, denn die Banken sind nicht bereit, auf ihre Kosten die Firma eines Milliardärs zu sanieren. 300 bis 500 Millionen Franken neues Geld fordern die Banken von Vekselberg. Sonst werden sie ihn mit OC Oerlikon fallen lassen. Damit steht ein Showdown bevor. Die bisherigen Aktionäre aber werden den Wert ihrer Papiere auf einen symbolischen Restbetrag schrumpfen sehen. Kaum zu glauben, dass OC Oerlikon vor drei Jahren noch fast acht Milliarden wert war.

## Für Zürcher Staatsanwaltschaft war Jurist Nobel «unwissend»

Im Strafprozess um die Private Equity Holding muss der Ex-Präsident des Verwaltungsrats nicht auf die Anklagebank wie zwei seiner damaligen Kollegen

ZÜRICH Am nächsten Mittwoch beginnt am Bezirksgericht Zürich der Strafprozess gegen zwei ehemalige Topkader der Private Equity Holding AG (PEH) – eine früher mit der Bank Vontobel personell und finanziell eng verflochtenen Investmentgesellschaft. Es geht um die Kapitalerhöhung der PEH im Jahr 2000, anlässlich der es zu Ungereimtheiten gekommen sei.

Einer der Angeklagten ist Jörg Fischer, ehemaliger Vizepräsident des PEH-Verwaltungsrats, Ex-Präsident der Bank Vontobel und früherer Präsident der Schweizer Börse. Der andere Beschuldigte



Als zu «gutgläubig» bezeichnet: Rechtsanwalt Peter Nobel

ist Hans-Peter Bachmann, Ex-CEO der PEH und Ex-Direktor der Bank Vontobel. Beiden wird Urkundenfälschung bei der PEH sowie ungetreue Geschäftsbesorgung zugunsten der Investmentgesellschaft vorgeworfen. Nicht auf der Anklagebank Platz nehmen muss Peter Nobel, damaliger Präsident des PEH-Verwaltungsrates.

Die Anklage dreht sich um Folgendes: Im Jahr 2000 entschied die PEH, ihr Kapital um 75 Millionen Franken zu erhöhen. Doch die Nachfrage nach den Aktien war mager, für fast die Hälfte der

Aktien liess sich kein Abnehmer finden. Darum, so die Staatsanwaltschaft, zeichnete die Bank Vontobel die restlichen Aktien. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass die PEH die Aktien kurz darauf von der Bank zurückkaufen sollte. Diese wesentliche Information aber verschwiegen die PEH in ihrem Geschäftsbericht, so der Vorwurf in der Anklageschrift. Auch wurde verschwiegen, dass die Bank Vontobel im Moment des Abschlusses der Konzernrechnung mit 7 Prozent Aktienanteil ein «bedeutender Aktionär» war.

Die Staatsanwaltschaft wirft Bachmann und Fischer vor, die

unwahren Abgaben zur Kapitalerhöhung im PEH-Geschäftsbericht 1999/2000 veröffentlicht zu haben, um «unbequeme Fragen» der Generalversammlung zu vermeiden.

**Nicht Täter, sondern Opfer seiner damaligen Kollegen**

Unterzeichnet hat den Geschäftsbericht Peter Nobel, Rechtsprofessor an den Universitäten Zürich und St. Gallen, Doktor der Jurisprudenz, Rechtsanwalt, Zürcher Handelsrichter, ehemaliges Mitglied der Eidgenössischen Bankenkommission und multiplexer Stiftungs- und Verwaltungsrat.

Kurzum: Nobel ist in Wirtschaft und Recht ein sehr erfahrener und routinierter Mann.

Dennoch: Für die Staatsanwaltschaft ist er kein Täter, sondern ein Opfer seiner damaligen Kollegen. Er habe den Kapitalerhöhungsbericht «gutgläubig» unterzeichnet, die Kapitalerhöhung habe er «unwissend» in das Handelsregister eintragen lassen.

Er wollte gegenüber der SonntagsZeitung keine Stellung nehmen. Auch Staatsanwalt Andreas Ochsenbein schweigt und verweist auf sein Plädoyer während der kommenden Gerichtsverhandlung. JEAN FRANÇOIS TANDA